

Stand: 29.12.2025 04:01:21

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/22084

"Umweltgifte PFOA und PFOS: Säuglinge und Kinder vor gesundheitlichen Gefahren schützen - Transparenz herstellen!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/22084 vom 15.05.2018
2. Beschluss des Plenums 17/22153 vom 15.05.2018
3. Plenarprotokoll Nr. 132 vom 15.05.2018



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Karl Freller, Ingrid Heckner, Alexander König, Tobias Reiß, Bernhard Seidenath, Jürgen Baumgärtner, Gudrun Brendel-Fischer, Dr. Ute Eiling-Hütig, Dr. Thomas Goppel, Klaus Holetschek, Hermann Imhof, Sandro Kirchner, Helmut Radlmeier, Steffen Vogel und Fraktion (CSU)**

Umweltgifte PFOA und PFOS: Säuglinge und Kinder vor gesundheitlichen Gefahren schützen – Transparenz herstellen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

- dem Landtag zu berichten, aus welchem Grund im Landkreis Altötting nicht bereits seit Bekanntwerden der Belastungen von Trinkwasser mit perfluorierten Tensiden (PFT) bei exponierten Bevölkerungsgruppen ein Human-Biomonitoring der Blutwerte stattgefunden hat,
- warum die jetzt angekündigten Untersuchungen von Muttermilch nur in bestimmten Gemeinden und Ortsteilen angeboten werden,
- welche konkreten Maßnahmen im Landkreis Altötting seit 2006 ergriffen wurden, um die Belastung des Trinkwassers mit PFT in der Summe auf einen Wert unter 0,1 Mikrogramm pro Liter zu minimieren.

Darüber hinaus wird die Staatsregierung dazu aufgefordert,

- dafür Sorge zu tragen, dass die (Zwischen-)Ergebnisse dieser Untersuchung so bald als möglich öffentlich bekannt gemacht werden und daraus Handlungsempfehlungen für die betroffene Bevölkerung abgeleitet werden,
- in Zusammenarbeit mit der Nationalen Stillkommission überprüfen zu lassen, ob angesichts der derzeitigen Belastungswerte der Muttermilch wei-

terhin uneingeschränkt empfohlen werden kann, Säuglinge bis zum Alter von vier bis sechs Monaten ausschließlich zu stillen, und die Ergebnisse dieser Prüfung unverzüglich zu veröffentlichen, sowie

- sich außerdem auf allen Ebenen für eine zeitnahe Überprüfung einzusetzen, ob die von der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit EFSA festgelegte tolerierbare tägliche Aufnahmemenge von Perfluoroctansäure – PFOA (TDI-Wert) von 1,5 Mikrogramm und für Perfluoroctansulfonsäure (PFOS) von 150 Nanogramm pro Kilogramm Körpergewicht und Tag aus dem Jahr 2008 aufgrund neuer Erkenntnissen zur Toxizität, insbesondere zu Immunitoxizität, Entwicklungstoxizität und Störungen der Fertilität, neu evaluiert bzw. angepasst werden muss.

Begründung:

Seit 2006 werden vom Gesundheitsamt Altötting Trinkwasserproben von zentralen Wasserversorgungen im Abstromgebiet des mit PFOS belasteten Bereichs untersucht. Die Untersuchungsergebnisse werden im Internet veröffentlicht und den Wasserversorgern mitgeteilt. Sinnvoll für den Gesundheitsschutz der Bevölkerung waren und sind Untersuchungen der PFOA-Konzentrationen des Trinkwassers sowie das Ergreifen von Maßnahmen zur Reduktion der Belastung der Bevölkerung.

Grundsätzlich besteht für die Erziehungsberechtigten immer die Möglichkeit, PFOA-Werte auch kleinere Kinder für den individuellen Informationsgewinn von einem niedergelassenen Arzt ermitteln zu lassen. Jedoch wird hier eine ethische Abwägung durch den behandelnden Arzt vorzunehmen sein. Üblicherweise widerspricht es der ärztlichen Ethik, invasive Maßnahmen wie Blutentnahmen bei kleinen Kindern vorzunehmen, wenn diesen keinerlei therapeutische Konsequenz folgen kann. Die einzige Konsequenz ist es, die Reduktion der PFOA-Belastung im Trinkwasser sicherzustellen.



Beschluss des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Ingrid Heckner, Alexander König, Tobias Reiß, Bernhard Seidenath, Jürgen Baumgärtner, Gudrun Brendel-Fischer, Dr. Ute Eiling-Hütig, Dr. Thomas Goppel, Klaus Holetschek, Hermann Imhof, Sandro Kirchner, Helmut Radlmeier, Steffen Vogel und Fraktion (CSU)

Drs. 17/22084

Umweltgifte PFOA und PFOS: Säuglinge und Kinder vor gesundheitlichen Gefahren schützen – Transparenz herstellen!

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag zu berichten,

- aus welchem Grund im Landkreis Altötting nicht bereits seit Bekanntwerden der Belastungen von Trinkwasser mit perfluorierten Tensiden (PFT) bei exponierten Bevölkerungsgruppen ein Human-Biomonitoring der Blutwerte stattgefunden hat,
- warum die jetzt angekündigten Untersuchungen von Muttermilch nur in bestimmten Gemeinden und Ortsteilen angeboten werden,
- welche konkreten Maßnahmen im Landkreis Altötting seit 2006 ergriffen wurden, um die Belastung des Trinkwassers mit PFT in der Summe auf einen Wert unter 0,1 Mikrogramm pro Liter zu minimieren.

Darüber hinaus wird die Staatsregierung dazu aufgefordert,

- dafür Sorge zu tragen, dass die (Zwischen-)Ergebnisse dieser Untersuchung so bald als möglich öffentlich bekannt gemacht werden und daraus Handlungsempfehlungen für die betroffene Bevölkerung abgeleitet werden,
- in Zusammenarbeit mit der Nationalen Stillkommission überprüfen zu lassen, ob angesichts der derzeitigen Belastungswerte der Muttermilch weiterhin uneingeschränkt empfohlen werden kann, Säuglinge bis zum Alter von vier bis sechs Monaten ausschließlich zu stillen, und die Ergebnisse dieser Prüfung unverzüglich zu veröffentlichen, sowie
- sich außerdem auf allen Ebenen für eine zeitnahe Überprüfung einzusetzen, ob die von der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit EFSA festgelegte tolerierbare tägliche Aufnahmemenge von Perfluoroctansäure – PFOA (TDI-Wert) von 1,5 Mikrogramm und für Perfluorooctansulfonsäure (PFOS) von 150 Nanogramm pro Kilogramm Körpergewicht und Tag aus dem Jahr 2008 aufgrund neuer Erkenntnisse zur Toxizität, insbesondere zu Immuntoxizität, Entwicklungstoxizität und Störungen der Fertilität, neu evaluiert bzw. angepasst werden muss.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote

Abg. Gisela Sengl

Abg. Florian von Brunn

Abg. Benno Zierer

Abg. Gudrun Brendel-Fischer

Abg. Claudia Stamm

Dritter Vizepräsident Peter Meyer

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Zur weiteren gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nach Umweltkandal: Kostenübernahme von PFOA-Bluttests auch für unter 7-Jährige (Drs. 17/22069)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Florian von Brunn, Klaus Adelt u. a. und Fraktion (SPD)

Umweltgift PFOA und PFOS: Säuglinge und Kinder vor gesundheitlichen Gefahren schützen - Transparenz herstellen! (Drs. 17/22071)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Benno Zierer u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

PFOA-Untersuchungen bei Kindern im Landkreis Altötting sicherstellen (Drs. 17/22083)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Ingrid Heckner u. a. und Fraktion (CSU)

Umweltgift PFOA und PFOS: Säuglinge und Kinder vor gesundheitlichen Gefahren schützen - Transparenz herstellen! (Drs. 17/22084)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und bitte noch einmal um etwas mehr Ruhe und darum, Gespräche, die dringend notwendig sind, außerhalb des Plenarsaals zu führen.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin – Erwin Huber (CSU): Da wird jetzt dann bald einmal die Lärmpolizei kommen bei dem Geklingel! – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Genau, das ist dann die drohende Gefahr!)

Erste Rednerin ist die Kollegin Sengl. Bitte schön, Frau Sengl.

Gisela Sengl (GRÜNE): Das ist ja hier fast wie in einer Schulkasse.

(Erwin Huber (CSU): Schlimmer!)

Sehr geehrte Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir kommen jetzt zu einem ernsteren Thema, und es wäre ganz gut, wenn wir da aufmerksam wären.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das deutsche Trinkwasser gilt als das am besten kontrollierte Lebensmittel. Doch in Altötting ist leider das geschehen, was die Behörden normalerweise kategorisch ausschließen: Das örtliche Trinkwasser ist seit Jahren mit der Chemikalie PFOA belastet und verunreinigt, und offensichtlich hat das keiner gemerkt. Die Bevölkerung hat das Trinkwasser jahrelang im guten Glauben an unsere Kontrollen getrunken. Niemand hat sie gewarnt, und jetzt haben die Altöttinger PFOA im Blut.

(Unruhe)

Ich war bei der Gründung der Bürgerinitiative für den Trinkwasserschutz in Altötting. Da waren auch Betroffene; die wären, glaube ich, ziemlich entsetzt, wenn sie wüssten, dass im Plenum ein einziges Geratsche stattfindet, wenn wir hier über dieses Thema reden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Bewohnerinnen und Bewohner von Altötting haben nämlich wirklich Angst, weil sie nicht wissen, wie gefährlich der Stoff ist. Wie sehr schadet die Chemikalie ihrem Körper? Kann man von PFOA Krebs bekommen? Diese Fragen stellen sich die Men-

schen in Altötting. Immerhin hat die WHO den Stoff als wahrscheinlich krebserregend eingestuft. Er hat es auch in die REACH-Verordnung geschafft. Ab 2020 sind die Herstellung und die Verwendung dieses Stoffes ganz verboten. In der REACH-Verordnung steht: Der Stoff ist besonders besorgniserregend; er ist fortpflanzungsgefährdend, sehr langlebig, reichert sich in Organismen an und wird kaum ausgeschieden. Sieben Jahre hat es gedauert, seit Greenpeace die Verunreinigung aufgedeckt hat, bis das LGL endlich das Blut der Betroffenen untersuchen ließ. Die Ergebnisse sind alarmierend: Im Blut einiger Betroffener wurde das Zwanzigfache, bei einigen anderen das Vierzigfache dessen nachgewiesen, was das Umweltbundesamt als unbedenklich einstuft. Sogar das Rote Kreuz verwendet gespendetes Blutplasma aus dem Landkreis Altötting derzeit nicht mehr direkt am Menschen. Anscheinend gab es in den Krankenhäusern die interne Anweisung, kein Trinkwasser aus der Leitung an immungeschwächte Patienten auszugeben. Das alles ist ein Riesenskandal.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das LGL hat viel zu lange nicht erkannt oder nicht erkennen wollen, welche Gefahren für die Bevölkerung bestehen. Man hat den Eindruck, dass die staatlichen Behörden immer nur dann reagieren, wenn der Druck aus der Bevölkerung so groß wird, dass sie nicht mehr anders können. Vorsorge und Verantwortung sehen anders aus.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Inzwischen dürfen Mütter endlich auch ihre Muttermilch untersuchen lassen. Dabei hieß es noch vor Kurzem, dass das nicht nötig sei. Jetzt hat sich herausgestellt, dass Säuglinge PFOA sehr leicht über das Stillen aufnehmen. Säuglinge sind besonders betroffen, da PFOA die natürliche Sperre im Körper der Mutter überwindet und in hoher Konzentration über die Muttermilch direkt in die Körper der Kinder geht. Insbesondere sind die Langzeitwirkungen, also die Auswirkungen dieser hohen PFOA-Belastung auf einen sich entwickelnden Organismus, bei Kindern unter sieben Jahren noch nicht untersucht. Also ist doch eigentlich klar, dass auch Kleinkinder untersucht

werden müssen. Weshalb wird deren Blut nicht untersucht? – In einem Zeitungsartikel war zu lesen: Das LGL will keine Bluttests an Kindern unter sieben Jahren durchführen. Das LGL sagt, sie wüssten aus der wissenschaftlichen Literatur, dass das Blut von Kindern nicht höher belastet ist als das der Eltern. Wir lesen jetzt also in Büchern und brauchen nicht mehr zu untersuchen? – Das ist außerdem schlicht falsch. Im Umweltausschuss hat das Umweltministerium gerade erst erklärt, dass das Blut des Säuglings im ersten Lebensjahr deutlich stärker mit PFOA belastet ist als das Blut der Mutter. Also gibt es doch Bluttests? Woher wissen die das sonst? Und warum widersprechen diese Tests den Büchern, die das LGL gelesen hat? Und das LGL sagt in dem Artikel, dass der Aufwand der Blutentnahme bei Kleinkindern so hoch sei und die Belastung der Blutentnahme vermieden werden solle. – Was ist das für eine scheinheilige Argumentation?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zu hoher Aufwand? – Wir dürfen keinen Aufwand scheuen, um das Risiko, dem die Menschen ausgesetzt waren, zu minimieren. Hat hier irgendjemand kein Interesse daran, herauszufinden, was aus unserer Sicht dringend herausgefunden werden muss? – Bekanntlich kann ein wachsender Körper bei erhöhten Konzentrationen gefährlicher Stoffe heftiger und mit mehr Schäden reagieren als der Körper eines Erwachsenen. Wir haben heute keine Ahnung, was PFOA in den Körpern von Kindern unter sieben Jahren anrichtet. Wir wissen nicht, welche unmittelbaren Folgen und welche Langzeitfolgen PFOA in diesen wachsenden Körpern hat. Das müssen wir jetzt aber wissen, und deshalb brauchen wir dringend die Bluttests und die Langzeittests. Wir fordern daher in unserem Dringlichkeitsantrag, dass die Kosten für diese Bluttests übernommen werden und dass die Eltern gebeten werden, die Tests machen zu lassen. Sie werden natürlich nicht dazu gezwungen; das Elternrecht steht darüber. Das ist ganz klar. Aber dass der Staat die Kosten übernimmt, sollte auch klar sein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir brauchen diese Tests. Sonst werden wir eines Tages mit schlimmen Fakten konfrontiert, die wir hätten verhindern können, wenn wir gehandelt hätten. Falls es bereits Ergebnisse von Bluttests auf PFOA bei Kindern unter sieben Jahren gibt, müssen sie umgehend – natürlich anonymisiert – veröffentlicht werden; sie müssen den Betroffenen auch mitgeteilt werden. Es ist verantwortungslos, dass so lange nichts gegen den Eintrag von PFOA ins Wasser getan wurde; es wäre noch verantwortungsloser, jetzt nicht zu reagieren. Wir müssen wissen, was los ist; denn nicht zu wissen, was los ist, führt zu einer riesigen Verunsicherung. Die Belastung dadurch ist viel größer, als wenn man genaue Fakten hat. Dann kann man auch handeln. Dem Staat und uns als gewählten Volksvertretern müssen die Gesundheit und die Unversehrtheit aller Bürgerinnen und Bürger über alles gehen. Das ist unsere oberste Pflicht. Erfüllen wir unsere Pflicht! Auch Sie, liebe CSU: Stimmen Sie unserem Antrag zu!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Frau Kollegin Sengl. – Der nächste Redner ist Herr Kollege von Brunn. Bitte schön, Herr von Brunn.

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Sogenannte perfluorierte Tenside wie PFOA sind Umweltgifte. Das Umweltbundesamt schreibt dazu auf seiner Website:

PFOA ist extrem stabil und wird in der Umwelt nicht abgebaut. So reichert es sich in Lebewesen an. Auch für den Menschen wurden negative Auswirkungen von PFOA beobachtet: PFOA ist schädlich für die Fortpflanzung und wirkt lebertoxisch.

Im Landkreis Altötting ist genau das passiert, was mit so einem Gift nicht passieren darf: Der Stoff ist bei der Produktion im dortigen Chemiepark zuerst ins Grundwasser und dann ins Trinkwasser gelangt.

Greenpeace hat bereits 2006 durch eine Protestaktion auf diese konkrete Gefahr aufmerksam gemacht. Die zuständigen Behörden waren über diese Situation immer informiert. Auch die verantwortlichen bayerischen Umweltminister waren informiert, vorne-weg der heutige Ministerpräsident Markus Söder, der auch einmal Umweltminister in Bayern war. In der Antwort auf eine aktuelle Anfrage von mir heißt es dazu wörtlich:

Anhand der Landtagsanfragen ist ersichtlich, dass Staatssekretär Dr. Bernhard die Landtagsanfrage vom 14. September 2006, Staatsminister Dr. Schnappauf die Landtagsanfrage vom 7. Dezember 2006 und Staatsminister Dr. Söder die Landtagsanfrage vom 14. Juli 2009 abgezeichnet haben. Staatsminister Dr. Söder wurde zudem mit Vermerk vom 6. November 2009 über den aktuellen Sachstand und das weitere Vorgehen informiert.

(Markus Rinderspacher (SPD): Hört, hört!)

Die nachfolgenden Staatsminister Dr. Huber

– hier anwesend –

und Staatsministerin Scharf wurden zum Beispiel im Rahmen von Abteilungsleiterbesprechungen mündlich informiert.

Also: Die Behörden, vom Landratsamt über das Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit bis hinauf zum Ministerium und den Ministern, kannten das Problem. Das ist an dieser Stelle festzuhalten.

(Beifall bei der SPD)

Sie wussten sicher auch, was die Trinkwasserkommission des Umweltbundesamtes bereits 2006 empfohlen hat – ich zitiere wieder wörtlich –:

Gemäß TrinkwV (§ 6 (3) – Minimierungsgebot) – ist darüber hinaus immer so rasch wie möglich und nach Maßgabe des vertretbaren Aufwandes die Unterschreitung des GOW

– also des Gesundheitlichen Orientierungswertes –

von 0,1 µg/l durch die Summe aller PFT anzustreben.

Aber im Gegensatz dazu gab man sich in Bayern damit zufrieden, in der Nähe des Richtwerts von 0,3 Mikrogramm zu bleiben, der bis vor Kurzem gegolten hat, also bei einem dreimal so hohen Wert. Herr Dr. Huber, hat das Minimierungsgebot überhaupt jemanden von den Verantwortlichen hier in Bayern interessiert? Das würde mich auch interessieren.

(Beifall bei der SPD)

Es geht aber noch weiter. In dem gleichen Dokument steht auch:

Zusätzlich empfiehlt die TWK ein Human-Biomonitoring ... von Blutproben per Trinkwasser exponierter Bevölkerungsgruppen.

Das heißt, die Trinkwasserkommission hat schon im Jahr 2006 empfohlen, bei Betroffenen Blutuntersuchungen durchzuführen und ihre Belastungen genau im Auge zu behalten. In Bayern wurde aber offensichtlich wieder einmal erst gehandelt, als man durch Zufall 2016 bzw. 2017, also über zehn Jahre später, feststellte, dass das Blut von Menschen aus Emmerting hoch belastet ist. Im Durchschnitt liegt die Belastung um das Zehn- bis Zwanzigfache höher als beim Blut von Münchnern aus einer Vergleichsgruppe. Die Höchstwerte lagen um das Einhundertfünzigfache über den Münchner Werten. Erst Anfang dieses Jahres, fast zwölf Jahre nach der Empfehlung der Trinkwasserkommission des Umweltbundesamtes, führten endlich auch die Verantwortlichen in Bayern Bluttests durch. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, das ist ein unglaublicher Skandal, eine schier unfassbare Verantwortungslosigkeit.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Hier haben bayerische Umweltminister und Behörden mit der Gesundheit der Bevölkerung Roulette gespielt. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, damit nicht genug. Bis

heute gibt es keine weitergehenden Blutuntersuchungen bei Kindern und Babys und keine Untersuchungen der Muttermilch in der betroffenen Region. Erst jetzt, auf Druck der SPD, werden in einigen Orten Untersuchungen der Muttermilch angeboten. Dabei ist wissenschaftlich bekannt, dass es bei Säuglingen, die gestillt werden, zu sehr hohen PFOA-Werten im Blut kommen kann. Deren Werte sind weit höher als bei ihren Müttern: um das Drei- bis Fünffache.

Ein Kinderarzt aus der Region schreibt – ich zitiere wieder wörtlich –: Zahlreiche wissenschaftliche Studien zeigen, dass derart hohe PFOA-Plasmakonzentrationen zu einem verringerten Geburtsgewicht bei Neugeborenen, zu einem verminderten Kopfwachstum bei Säuglingen und Kleinkindern, zu Schilddrüsenfunktionsstörungen bei Kindern und Jugendlichen und zu einem verminderten Impfschutz bei Diphtherie-Tetanus-Impfungen führen können. –

Das sind Studien aus den Jahren 2007 bis 2016. Ich halte es für unfassbar, dass die zuständigen Behörden vor diesem Hintergrund nicht schon längst gehandelt haben.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Herr Dr. Huber und Frau Huml – ich würde auch gerne den Ministerpräsidenten und ehemaligen Umweltminister fragen, aber er drückt sich heute –, wann nehmen Sie diese Gefahren ernst, und wann stellen Sie einmal wirtschaftliche Profitinteressen nicht vor den Schutz der Bevölkerung? Machen Sie den Schaden, den Sie angerichtet haben, jetzt wenigstens teilweise wieder gut. Wir können mit Rücksicht auf die betroffenen Menschen und Kinder nicht länger warten.

(Beifall bei der SPD)

Wir brauchen in der Region die komplette Filterung des Wassers. Vor allem brauchen wir aber den vollständigen Schutz der Bevölkerung. Ganz dringend brauchen wir weitergehende Untersuchungen und endlich Transparenz. Deswegen stellen wir heute diesen Antrag.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen wissen, warum Sie nicht schon längst Blutuntersuchungen durchgeführt haben, was mit dem Minimierungsgebot passiert ist, warum man nicht versucht hat, bei diesen Werten nach unten zu kommen, und warum nur in bestimmten Gemeinden Muttermilchuntersuchungen angeboten wurden. Wir wollen, dass Sie für Kinder unter sieben Jahren Blutuntersuchungen anbieten, und zwar kostenfrei. Hier geht es darum, dass Sie sich nicht aus der Verantwortung stehlen können. Die Bevölkerung muss das Angebot bekommen. Nicht jeder ist darüber informiert. Nicht jeder kann zu seinem Hausarzt gehen und sagen: Mach das mal, ich zahl das selber. Deswegen ist es wichtig, dass der Staat und die Behörden hier handeln.

Wir wollen, dass Sie sich für Untersuchungen einsetzen, wie sich PFOA gesundheitlich auf den wachsenden Organismus von Kindern und Säuglingen auswirkt. Die Ergebnisse solcher Studien müssen schnellstmöglich bekannt gemacht werden. Wir wollen, dass Sie in Zusammenarbeit mit der Nationalen Stillkommission eingehend untersuchen, ob das Stillen tatsächlich weiterhin uneingeschränkt empfohlen werden kann, unabhängig davon, welcher PFOA-Wert vorliegt. Die Ergebnisse dieser Prüfung müssen ebenfalls unverzüglich veröffentlicht werden.

Sie müssen sich auch dafür einsetzen, dass die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit, die EFSA, prüft, ob die tägliche Aufnahmemenge für PFOA noch den neuen Erkenntnissen entspricht, insbesondere den neuen Erkenntnissen zur Toxizität, zur Immunitoxizität, zur Entwicklungstoxizität und zu Störungen der Fertilität.

Wir werden den Anträgen der GRÜNEN und der FREIEN WÄHLER zustimmen.

Erlauben Sie mir noch ein PS zum nachgezogenen Antrag der CSU. Wir wissen, dass Sie Anträge von uns abschreiben. Dass Sie aber einen Antrag zu 90 % kopieren, inklusive der Überschrift, und nur zwei Spiegelstriche weglassen, das ist schon peinlich. Sie schreiben so schlecht ab, dass ein Abschnitt sogar den Sinnzusammenhang verloren hat. Das zeigt, dass Sie sich selbst mit diesem Thema überhaupt nicht auseinan-

dergesetzt haben, sondern dass Sie auf die Zuarbeit der Opposition angewiesen sind. Das ist ein Armutszeugnis für Ihre Umwelt- und Verbraucherschutzpolitik. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Kollege von Brunn. – Der nächste Redner ist Herr Kollege Zierer. Bitte schön, Herr Zierer.

Benno Zierer (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir alle haben perfluorierte Chemikalien in unserem Blut, weil sie sich in unserer Kleidung, im Teppich oder in der Teflonpfanne befinden. Die Belastungen, denen wir ausgesetzt sind, stehen jedoch in keinem Verhältnis zu der Belastung der Menschen, die dort leben, wo diese Chemikalien hergestellt oder verwendet wurden. Im Chemiepark Gendorf im Landkreis Altötting wurde 40 Jahre lang PFOA hergestellt und verwendet – legal, mit Genehmigung; das sollte man durchaus dazusagen –, weil man lange Zeit nicht wusste, welche gesundheitsschädlichen Auswirkungen dieser Stoff hat. Heute wissen wir, dass PFOA unter anderem Schilddrüsenerkrankungen und Erkrankungen des Darms begünstigt, ebenso Hoden- und Nierenkrebs.

(Ingrid Heckner (CSU): Er hat andere genannt!)

– Frau Kollegin, es ist peinlich genug, dass man es so viele Jahre wusste und nichts getan hat. Das ist auch Ihre Verantwortung. Halten Sie sich also einfach zurück!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Ingrid Heckner (CSU): Wissen Sie, wer die Ersten waren, die aktiv geworden sind?)

Es ist peinlich genug, dass man so viele Jahre von diesen Auswirkungen wusste, nicht reagierte und dann noch versucht, hier einen Wortbeitrag zu stören. Einfach ruhig sein und zuhören! Wenn man nicht lernfähig ist, wird man es auch mit dem Alter nicht mehr. Das ist eigentlich das Problem.

(Unruhe bei der CSU)

Dass die Verunsicherung in Altötting so enorm hoch ist, haben Sie zu verantworten. Die Verunsicherung ist da, weil Tatsachen lange verschwiegen worden sind und Hinweise nicht nachgegangen worden ist.

Die Menschen wollen wissen, welch gefährlicher Stoff in ihrem Körper ist. Deshalb begrüßen wir die Blutuntersuchungen. Zum Glück haben sich über 900 Menschen freiwillig gemeldet. Sie wollen Transparenz haben. Sie wollen wissen, was in ihrem Blut ist. Solche Untersuchungen hätte es viel früher geben müssen. Seit 2006 ist bekannt, wie stark die Alz und das Trinkwasser in der Region mit Chemikalien belastet sind.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Die Behörden haben daraufhin Lebensmittel, Trinkwasser und Boden untersuchen lassen und belastete Brunnen gesperrt. Sie haben aber keine Menschen untersucht. Das haben besorgte Bürger auf eigene Kosten tun müssen.

Wir verstehen auch nicht, warum im Rahmen der aktuellen Untersuchungen Kinder unter sieben Jahren nicht getestet werden sollen. Es ist doch klar, dass junge Eltern besonders besorgt sind, vor allem deshalb, weil bekannt ist, dass PFOA durch die Muttermilch auf die Kinder übergeht.

Was die gesundheitlichen Auswirkungen einer PFOA-Belastung auf Säuglinge und Kleinkinder betrifft, so gibt es noch Forschungsbedarf, weil zu wenige Daten vorhanden sind. Deshalb muss man jetzt die Gelegenheit nutzen. Leider sind im Landkreis Altötting erhöhte Werte festgestellt worden. Dort sind gewisse Dinge weiterhin zu untersuchen. Es gibt auch neue Erkenntnisse aus der Wissenschaft.

Wir werden selbstverständlich den Anträgen der SPD und der GRÜNEN zustimmen. Wir werden aber auch dem Antrag der CSU zustimmen.

Es ist bedauerlich und bemerkenswert, dass nach Feststellung der Belastung ein Human-Biomonitoring nicht stattgefunden hat. Das müssen Sie auf Ihre Kappe nehmen. Es ist unklar, warum Sie darauf verzichtet haben. Wir könnten zwar einen der Minister fragen, die damals zuständig gewesen sind; aber sie wissen bereits Bescheid. Der Skandal an der ganzen Geschichte ist, dass nichts gemacht worden ist, obwohl man schon lange davon gewusst hatte.

Ich hoffe, dass bei den jetzigen Untersuchungen Ergebnisse herauskommen, mit denen wir etwas anfangen können. Leider Gottes können wir die Zeit nicht zurückdrehen und das Ganze ungeschehen machen. Wir sollten wenigstens jetzt richtig reagieren, um den Leuten dort die Unsicherheit zu nehmen. Dafür braucht es Transparenz und Offenheit. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Kollege Zierer. – Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Brendel-Fischer. Bitte schön, Frau Brendel-Fischer.

Gudrun Brendel-Fischer (CSU): Frau Präsidentin, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Heute ist schon viel gesagt worden, Wahres, aber auch Mutmaßungen.

(Florian von Brunn (SPD): So eine Arroganz!)

Unser Antrag, lieber Herr von Brunn, ist nicht abgeschrieben. Wir hätten Ihrem Antrag vielleicht sogar zugestimmt, wenn bestimmte Passagen nicht enthalten gewesen wären.

(Florian von Brunn (SPD): Ah!)

Auch wir sind für Aufklärung. Wir möchten aber auch darstellen, was geleistet wurde und wie schnell es auf den Weg gebracht wurde. Die vorgeschriebene Blutentnahme bei Kindern lehnen wir ab. Wir wollen andere Wege gehen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Welche denn? – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Ich darf Revue passieren lassen, was gemacht wurde. Eine Reaktion auf die PFOA-Problematik ist bereits 2006 eingeleitet worden. Bereits kurze Zeit später, im Jahr 2008, sind die ersten Aktivkohlefilter eingebaut worden. Es ist doch klar, dass das nicht von heute auf morgen passiert, sondern dass es einen gewissen Vorlauf braucht. Sie alle sind doch auch in der Kommunalpolitik aktiv und kennen sich dort super aus. Deshalb wissen Sie, dass das nicht von heute auf morgen geschehen kann.

(Harry Scheuenstuhl (SPD): Trotzdem darf man die Verantwortung nicht abgeben!)

Man ist mit höchstem Ernst und mit Sachkunde vorangeschritten.

Ich möchte auch darauf hinweisen, dass das LGL reagiert hat, nachdem die Werte herabgesetzt wurden.

(Florian von Brunn (SPD): Da hat das LGL wohl auch wieder etwas verzapft?)

Wir sprechen übrigens von einem gesundheitlichen Leitwert von 0,3 Mikrogramm pro Liter; dieser galt bis 2016. Ein Mikrogramm ist ein Millionstel Gramm. Aber wir wollen das nicht beschönigen. Auch wir möchten, dass sich die Situation weiter verbessert.

(Florian von Brunn (SPD): Hat also das LGL wieder versagt?)

Es war 2016, als die Trinkwasserkommission des Umweltbundesamtes den Leitwert deutlich herabgesetzt hat. Es ist festgestellt worden, dass bei lebenslanger Aufnahme die gesundheitlich duldbare Konzentration bei 0,1 Mikrogramm pro Liter liegt.

Wir verzeichnen mittlerweile an allen Brunnen der betroffenen Gemeindeteile nur noch Spurengehalte bzw. keinen PFOA-Gehalt mehr. Wir liegen also deutlich unter den Leitwerten. Lediglich in der Gemeinde Kastl gab es Verzögerungen; aber auch dort hat

man aufgeholt. Man ist dabei, die geringfügige Überschreitung dort zu reduzieren; das ist in Arbeit.

Was die stillenden Mütter angeht, so will ich darauf hinweisen, dass die Untersuchungen in den Gemeindeteilen stattfinden, in denen noch kein Aktivkohlefilter in der Wasserversorgungsanlage vorhanden ist. Also keine Aufregung an falscher Stelle!

Jetzt stehen wir vor der Frage, wie wir damit umgehen. Meine Vorredner haben gefordert, dass die Blutuntersuchungen der Kleinkinder vorgenommen und auch bezahlt werden. Unser Vorschlag ist, dass wir mit der Elternschaft vor Ort eine Vereinbarung treffen. Frau Ministerin hat zugesagt, dass am Gesundheitsamt nochmals entsprechende Beratungen für diesen Elternkreis stattfinden. Wenn jemand die PFOA-Konzentration abchecken lassen möchte, dann soll die Untersuchung ermöglicht werden. Wir wollen das aber nicht gleich als Blankoscheck beschließen.

Ich möchte auf die Situation in Nordrhein-Westfalen hinweisen. Dort gab es Untersuchungen in einem ähnlichen Fall. Es hat sich herausgestellt, dass die Konzentrationen bei Kindern genauso hoch waren, bezogen auf das jeweilige Gewicht, wie bei Erwachsenen.

Auch das, was wissenschaftlich notwendig ist, wollen wir nicht unerledigt lassen. Das muss man angehen; man muss sich dieser Sache widmen. Dabei ist jedoch die medizinische Forschung gefragt, nicht aber ein Schnellverfahren mit einigen Blutproben.

Das LGL ist in diesem Sinne bereits sehr aktiv. Die Nationale Stillkommission wurde um eine entsprechende gesundheitliche Bewertung gebeten; diese ist auf dem Weg. Sobald entsprechende Erkenntnisse vorliegen, wird man diese am LGL zur Anwendung bringen und in die weiteren Überlegungen einbeziehen.

Es hätte keinen Mehrwert, weder für die Eltern noch für die Kinder, durch Blutentnahmen jetzt irgendwelche Werte zu ermitteln. Das ist auch durch vergleichbare Fälle aus Nordrhein-Westfalen erwiesen.

Ich darf an das Angebot der Frau Ministerin erinnern. Wir werden das Nötige mit dem Gesundheitsamt vor Ort in die Wege leiten.

(Beifall bei der CSU – Harry Scheuenstuhl (SPD): Wie man es braucht!)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Einen Moment, bitte, Frau Brendel-Fischer. Wir haben noch Zwischenbemerkungen. Die erste Zwischenbemerkung kommt vom Kollegen von Brunn. Bitte schön.

Florian von Brunn (SPD): Frau Kollegin Brendel-Fischer, ich will Sie eigentlich nur eines fragen: Warum reden bei einer so wichtigen Angelegenheit Sie, während sich die verantwortlichen Minister, Herr Huber und Frau Huml, wegducken? Können Sie mir das erklären?

(Beifall bei der SPD – Manfred Ländner (CSU): Vorhin hat die Ministerin gesprochen!)

Gudrun Brendel-Fischer (CSU): Bei uns duckt sich niemand weg, lieber Herr von Brunn. Ich glaube, das haben wir oft genug bewiesen. Unsere Minister haben Vertrauen in unsere Fraktionsleute, und ich gehöre dazu.

(Markus Rinderspacher (SPD): Es kann doch nicht wahr sein, dass der Minister zu diesem Thema nicht spricht!)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Einen Moment noch bitte, Frau Brendel-Fischer. Wir haben eine weitere Zwischenbemerkung.

(Florian von Brunn (SPD): Den Ministern ist das seit vielen Jahren bekannt!)

Gudrun Brendel-Fischer (CSU): – Die Minister sind in diese Materie eingeweiht; das wissen Sie. Sie sind sehr intensiv damit befasst.

(Unruhe bei der SPD – Harry Scheuenstuhl (SPD): Das ist ja das Problem!)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Jetzt kommen wir erst einmal zur Ruhe und dann zur nächsten Zwischenbemerkung.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Die nächste Zwischenbemerkung kommt von Frau Kollegin Sengl. Bitte schön, Frau Sengl.

Gisela Sengl (GRÜNE): Freiwillig passiert gar nichts, nur auf Druck. Das ist ganz klar. Wenn kein Druck da gewesen wäre, hättet ihr gar nichts gemacht. Das ist echt fahrlässig!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es geht um die Gesundheit, um Vorsorge für die Bevölkerung. Ich finde es unglaublich, was da gemacht worden ist.

Jetzt stelle ich eine ganz klare Frage. Unser Antrag ist ja harmlos. Wir fordern nur dazu auf, die Blutentnahme anzubieten und die Kosten hierfür zu übernehmen. Das ist natürlich freiwillig. Das ist eigentlich das Gleiche wie das, was Sie gerade auch gesagt haben. Sie könnten doch unserem Antrag zustimmen. Auf Ihre Antwort bin ich sehr gespannt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Frau Sengl. – Frau Brendel-Fischer, bitte.

Gudrun Brendel-Fischer (CSU): Liebe Frau Sengl, ich habe das bereits ausgeführt. Den Eltern wird die Möglichkeit angeboten werden, sich vor Ort beim Gesundheitsamt zu melden

(Gisela Sengl (GRÜNE): Dann stimmen Sie zu!)

und sich dort beraten zu lassen, sich vor Ort darüber informieren zu lassen, welcher Mehrwert entsteht, wenn man den Blutwert weiß. Im Übrigen hat Herr von Brunn schon verlautbart, dass schon sehr viele Kinder untersucht worden seien.

(Florian von Brunn (SPD): Das stimmt doch gar nicht!)

– Doch! Sie haben doch ausgeführt, dass die Blutwerte um was weiß ich wie viel höher waren.

(Florian von Brunn (SPD): Lesen Sie es im Protokoll nach! Es stimmt nicht!)

Dann muss es ja wohl auch bereits Blutuntersuchungen gegeben haben.

(Thomas Gehring (GRÜNE): Keine Blutuntersuchungen von der CSU!)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Frau Kollegin Brendel-Fischer. – Die nächste Rednerin ist Kollegin Claudia Stamm. Bitte schön, Frau Stamm.

Claudia Stamm (fraktionslos): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen, sehr geehrte Kollegen! Zunächst einmal ein herzliches Dankeschön an die GRÜNEN für den Antrag. Ich finde es auch sehr erfreulich, dass das Thema allen Fraktionen so wichtig ist, dass es dazu einen Antrag gibt – so wichtig,

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

dass die CSU einen mit dem SPD-Antrag streckenweise wortgleichen Antrag eingebracht hat. Diese Einigkeit ist aber der Tatsache geschuldet, dass sich die Fakten und eigentlich auch die Risikobewertung zu PFOA in den letzten zehn Jahren grundlegend geändert haben. In den USA gab es mittlerweile erfolgreiche Klagen gegen den Hersteller DuPont. 2013 wurde PFOA in die Liste der besonders besorgniserregenden Stoffe der EU-Chemikalienverordnung REACH aufgenommen. So weit, so gut.

Die Einigkeit reicht mir aber nicht. Wir müssen weitergehen, wir müssen weiterdenken und müssen darüber reden, welche weiteren Stoffe möglicherweise auf die Verbotslis-

te gehören und in welchen Bereichen wir aus der Plastikproduktion aussteigen müssen. Der BUND hat in einer sehr umfassenden Studie darauf hingewiesen, dass die Fokussierung auf PFOS und PFOA nicht ausreicht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich werde einen entsprechenden Antrag einbringen und hoffe dann auf ähnlich breite Unterstützung. Der jetzige Trend, etwa PFOA einfach durch andere Chemikalien zu ersetzen, ist sicherlich ein falscher Weg.

Ja, natürlich ist es richtig, dass auch Kinder unter sieben Jahren untersucht werden müssen. Ja, es ist bezeichnend, dass man wieder so lange gewartet und so spät gehandelt hat, im Fall von PFOA in Altötting viel zu spät. Genau deswegen brauchen wir jetzt tatsächlich eine grundlegende Diskussion über schädliche Stoffe und deren Verbot.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Frau Kollegin Stamm. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt.

Wir haben drei Anträge, über die wir in einfacher Form abstimmen werden, und einen Antrag, über den in namentlicher Form abgestimmt wird.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Ich lasse zunächst über die Anträge abstimmen, über die in einfacher Form abgestimmt wird.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/22069 – das ist der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die SPD-Fraktion, FREIE WÄHLER, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Kollegen Felbinger (fraktionslos), Muthmann (fraktionslos) und Stamm (fraktionslos). Gegenstimmen, bitte! – Das ist die CSU-Fraktion. Enthaltungen?

- Eine Enthaltung aus den Reihen der CSU-Fraktion. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/22083 – das ist der Antrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER – seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die SPD-Fraktion, FREIE WÄHLER, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Kollegen Muthmann (fraktionslos), Felbinger (fraktionslos) und Stamm (fraktionslos). Gegenstimmen, bitte! – Das ist die CSU-Fraktion. Enthaltungen? – Bei einer Enthaltung aus den Reihen der CSU ist dieser Dringlichkeitsantrag ebenfalls abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/22084 – das ist der Antrag der CSU-Fraktion – seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die CSU-Fraktion, die SPD-Fraktion, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FREIE WÄHLER und die Kollegen Felbinger (fraktionslos), Muthmann (fraktionslos) und Stamm (fraktionslos), also das gesamte Hohe Haus. Gegenstimmen, nehme ich an, gibt es dann keine. – Enthaltungen? – Auch nicht. – Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Die eigenen Quellen abgelehnt!)

Wir kommen nun zur namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/22071; das ist der Antrag der SPD-Fraktion. Die Urnen sind bereitgestellt. Sie haben fünf Minuten Zeit. Die Abstimmung ist eröffnet.

(Namentliche Abstimmung von 18.35 bis 18.40 Uhr)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich schließe die Abstimmung. Das Ergebnis wird wie immer draußen ermittelt. – Ich darf bitten, die Plätze wieder einzunehmen.

Das waren die Dringlichkeitsanträge, über die im Plenum zu sprechen gewesen ist. Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 17/22070, 17/22072 mit 17/22077

sowie auf den Drucksachen 17/22085 mit 17/22093 werden in die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen.

(Unruhe)

(...)

Präsidentin Barbara Stamm: Ich darf jetzt noch das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Rinderspacher, von Brunn, Adelt und anderer und Fraktion (SPD) auf Drucksache 17/22071 betreffend "Umweltgift PFOA und PFOS: Säuglinge und Kinder vor gesundheitlichen Gefahren schützen – Transparenz herstellen!" bekannt geben. Mit Ja haben 57 gestimmt, mit Nein haben 78 gestimmt, es gab eine Stimmenthaltung. Damit ist auch dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 15.05.2018 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Florian von Brunn, Klaus Adelt u. a. und Fraktion SPD; Umweltgift PFOA und PFOS: Säuglinge und Kinder vor gesundheitlichen Gefahren schützen - Transparenz herstellen! (Drucksache 17/22071)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Aigner Ilse		X	
Awanger Hubert	X		
Arnold Horst			
Aures Inge			
Bachhuber Martin	X		
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter			
Bauer Volker	X		
Baumgärtner Jürgen	X		
Prof. Dr. Bausback Winfried	X		
Beßwenger Eric	X		
Dr. Bernhard Otmar	X		
Biedefeld Susann	X		
Blume Markus	X		
Bocklet Reinhold	X		
Brannekämper Robert	X		
Brendel-Fischer Gudrun	X		
von Brunn Florian	X		
Brunner Helmut		X	
Celina Kerstin	X		
Deckwerth Ilona	X		
Dettenhöfer Petra			
Dorow Alex			
Dünkel Norbert	X		
Dr. Dürr Sepp			
Eck Gerhard			
Dr. Eiling-Hüting Ute	X		
Eisenreich Georg			
Fackler Wolfgang	X		
Dr. Fahn Hans Jürgen	X		
Fehlner Martina	X		
Felbinger Günther	X		
Flierl Alexander			
Freller Karl			
Fröschi Markus	X		
Füracker Albert	X		
Ganserer Markus	X		
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X		
Gehring Thomas	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gerlach Judith			
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten	X		
Dr. Goppel Thomas		X	
Gote Ulrike	X		
Gottstein Eva	X		
Güll Martin			
Güller Harald			
Guttenberger Petra		X	
Haderthauer Christine			
Häusler Johann	X		
Halbleib Volkmar	X		
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig	X		
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold	X		
Hiersemann Alexandra	X		
Hintersberger Johannes		X	
Hölzl Florian		X	
Hofmann Michael		X	
Holetschek Klaus		X	
Dr. Hopp Gerhard		X	
Huber Erwin		X	
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Huber Martin			X
Huber Thomas		X	
Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Huml Melanie		X	
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Kamm Christine		X	
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro		X	
Knoblauch Günther			
König Alexander		X	
Kohnen Natascha	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzele Bernd		X	
Dr. Kränzlein Herbert			
Kraus Nikolaus			
Kreitmair Anton	X		
Kreuzer Thomas	X		
Kühn Harald	X		
Ländner Manfred	X		
Lederer Otto	X		
Leiner Ulrich	X		
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig	X		
Lorenz Andreas	X		
Lotte Andreas			
Dr. Magerl Christian	X		
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter	X		
Mistol Jürgen	X		
Müller Emilia			
Müller Ruth	X		
Mütze Thomas			
Muthmann Alexander			
Nussel Walter			
Osgyan Verena	X		
Petersen Kathi			
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael			
Pohl Bernhard			
Pschierer Franz Josef	X		
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radlmeier Helmut	X		
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans	X		
Reiß Tobias	X		
Dr. Rieger Franz	X		
Rinderspacher Markus	X		
Ritt Hans	X		
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard			
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard	X		
Rudrof Heinrich			
Rüth Berthold	X		
Dr. Runge Martin	X		
Sauter Alfred	X		
Schalk Andreas	X		
Scharf Ulrike			
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi	X		
Schmitt-Büssinger Helga			
Schöffel Martin	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer Angelika			
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin			
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan			
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seidenath Bernhard			
Sem Reserl		X	
Sengl Gisela			
Sibler Bernd			
Dr. Söder Markus		X	
Sonnenholzner Kathrin			
Dr. Spaenle Ludwig		X	
Stachowitz Diana	X		
Stamm Barbara			
Stamm Claudia			
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia			
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streible Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen			
Dr. Strohmayer Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif			
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Unterländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl		X	
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth			
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst		X	
Weikert Angelika		X	
Dr. Wenger Paul		X	
Werner-Muggendorfer Johanna		X	
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta		X	
Wild Margit		X	
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert		X	
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno	X		

Gesamtsumme 57 78 1